



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/245 - 23. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 21-33
Fernschreiber 0 836 690

Hinweise
auf den Inhalt:

Hirtenbriefe und Gemeindewahlen	S. 1
McCarthy hofft auf Niederlage Eisenhowers	S. 3
Zum zehnjährigen Bestehen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes	S. 5

Unbeweisbare Behauptungen

Dr. Str. Noch wenige Tage trennen die Wähler von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen von ihrer Verpflichtung, am 28. Oktober die Abgeordneten der Gemeinde, Amts-Kreis und Stadtparlamente zu wählen.

Dabei sieht sich die Partei des Kanzlers, die CDU, in einer prekären Situation, denn ihre politische Linie in der Frage der Außenpolitik, die stetigen Preissteigerungen infolge der dauernden Konzessionen an die sie beherrschenden Interessenverbände und die verfehlte Rüstungspolitik mit ihren Auswirkungen bis hinunter in die kleinsten Gemeinden haben das Vertrauen auch vieler sogenannter bürgerlicher Kreise in die CDU erschüttert. Umso angenehmer wird es ihr sein, wieder einmal Schützehilfe aus bestimmten Kreisen der katholischen Kirche erhalten zu haben. Sie überschreitet weit das Maß des politischen Anstands und des von klerikaler Seite immer wieder vorgetragenen angeblichen "berechtigten Interesses".

Was mag sich der Diözesanbischof von Münster, Dr. Michael Keller, gedacht haben, als er in einem Hirtenbrief zu den Kommunalwahlen formulierte: "...die sozialistischen Parteien erstreben eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Wohlfahrtswesens, der Krankenhäuser, der Kindergärten, Jugendheime und ähnlicher Einrichtungen. Am Ende laufen diese Bestrebungen - ob gewollt, oder ungewollt - auf eine weitgehende Entchristlichung dieser Einrichtungen hinaus."

Dies ist angesichts der vielfachen Erklärungen gerade des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, eine - 2 -

wider besseres Wissen abgegebene Behauptung. Es erscheint an dieser Stelle angebracht, die Worte Fritz Steinhoffs zu zitieren, die aus Anlass der Eröffnung des 77. Katholikentages 1956 gesagt wurden:

"Wenn die Kirchen diese Uraufgaben (Bruderschaft, Ehrfurcht, Treue, Verantwortung und Solidarität) sehen und lösen, strahlen sie aus dem Kern ihres Glaubens und Lebens auch in die kulturellen, karitativen und sozialen Bereiche, vor allem auch in den Bereich der Erziehung und Menschenbildung und sind in diesen Bereichen dem Staat willkommen zu echter Partnerschaft."

Ausdrücklich wird hier das Wort Partnerschaft betont, und Partner kann man nur dann sein, wenn man ein Eigenleben führt. In Übrigen weiss die SPD die aufopfernde Tätigkeit der Schwestern in den Krankenhäusern und Heilanstalten, in den Kindergärten und Jugendasylen wohl zu würdigen und zu schätzen, und sie denkt nicht an eine "Kommunalisierung um jeden Preis", wie ihr in einem Wahlflugblatt katholischer Diözesan-Komitees zwischen den Zeilen vorgeworfen wird.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, äusserte in einem Hirtenwort zu den Kommunalwahlen, trotz des bestehenden Schulgesetzes müsse in vielen Bezirken in Nordrhein-Westfalen noch um die Sicherung der katholischen Erziehung gekämpft werden. Professor Luchtenberg, Kultusminister des Landes NRW, hat den Kardinal gebeten, ihm mitzuteilen, an welche Fälle er gedacht hat, da die Landesregierung ausdrücklich erklärt habe, dass keine Änderung des Schulgesetzes vorgesehen sei.

Für die tolerante Haltung der Landesregierung an Rhein und Ruhr spricht weiter die Tatsache, dass sie für den Katholikentag 1956 in Köln 600.000 DM zur Verfügung stellte.

Angesichts dieser eindeutigen Haltung der Landesregierung der katholischen Kirche gegenüber ist es unverständlich, wie hohe Würdenträger, insbesondere aber Bischof Dr. Keller, zu solchen Schlussfolgerungen gelangen können, ohne dafür konkrete Beweise anzuführen.

* * *

Senator McCarthy's Rolle im amerikanischen Wahlkampf

E. St., New York, Mitte Oktober

Ein bekannter und prominenter, wenn auch nicht unumstrittener amerikanischer Politiker, der der Republikanischen Partei angehört, und einer ihrer Vertreter im Senat ist, der ersten Kammer des amerikanischen Parlamentes, und der heute im hitzigen und hart umstrittenen Präsidentschaftswahlkampf eine "neutrale" Position einnimmt, ist zweifellos eine merkwürdige Erscheinung. Aber es gibt der Merkwürdigkeiten noch mehr: dieser republikanische Senator (mit Namen Joseph McCarthy aus Wisconsin) hat öffentlich erklärt, dass er sich bei der amerikanischen Volke dafür entschuldige, im Jahre 1952 den republikanischen Präsidentschaftskandidaten General Eisenhower zur Wahl empfohlen und seine Kandidatur unterstützt zu haben; und um seine Position restlos klar zu machen, hat dieser gleich Mann noch hinzugefügt, dass er allen seinen Anhängern dieses Mal empfehle, an Wahltage - wie der büchhafte amerikanische Ausdruck lautet - "auf den Händen zu sitzen", d.h. keinerlei Stimme abzugeben.

McCarthy, rechtsradikaler Flügelmann der amerikanischen Innenpolitik, der chauvinistische Panatiker, der Mann, dem man eine zeitlang faschistische Methoden und hitlerischen Ehrgeiz vorgeworfen hat, und den seine Partei unter Eisenhowers Führung nach langen Zögern endlich in die Schranken verweisen konnte, - dieser Mann hat den Fehlschuss aufgefressen und seinen Parteivorstand und seinem Präsidenten den Krieg erklärt. Seine Strategie ist von einer diabolischen Einfachheit. Er unterstützt Eisenhower und die Partei, die ihn desavouiert hat, nicht mehr, weil die Republikanische Partei unter Eisenhower heute, wenn auch nicht komplett so doch teilweise, eine Partei der gemässigt konservativen Mitte geworden ist und, trotz aller Schwankungen und programmatischer Unklarheiten, wie sie allen amerikanischen Parteien anhaften, oben doch bei weitem nicht das ist, was McCarthy und seinesgleichen unter einer "nationalen" aggressiven und unverhältnissen Partei von rechts verstehen.

Seine Absichten sind klar: er hofft auf eine Niederlage Eisenhowers, nicht bloss um seinen grossen Gegenspieler in der Parteiführung aus dem Wege geräumt zu sehen, sondern auch und vor allem um seine eigene Unentbehrlichkeit in der Partei und für die Partei zu demonstrieren: sieht Ihr wohl, möchte er gerne triumphieren an Tage nach dem insgeheim erhofften Siege Adlai Stevensons ausrufen, sieht Ihr wohl, was aus der -4-

Republikanischen Partei wird, wenn ich ihr die Unterstützung versage: nicht einmal der magische Name des populären Präsidenten Eisenhower genügt, um ihr den Sieg zu sichern. Es ist also klar erwiesen, dass ich, McCarthy, unentbehrlich bin... Und es lässt sich nicht verhehlen, dass eine solche Argumentation, so primitiv und oberflächlich sie auch sein mag, in manchen Kreisen des republikanischen Parteienbundes, und sogar der Parteiführung, Anklang finden mag, und McCarthys Stellung in der Partei wieder festigen kann.

Nun müssen freilich solche eigenwilligen Proklamationen eines abgesägten und abgehängten Aussenseiters und Eigenbrötlers nicht unbedingt sehr ernst genommen werden. Die Frage erhebt sich, wieviele von McCarthys Anhängern, noch vor drei Jahren ein stattlicher und fanatischer Haufen, freilich unorganisiert und auf beide politische Parteien des Landes verteilt, seine Parole der Stimmenthaltung befolgen werden; natürlich muss man auch noch hinzufügen, dass bei weitem nicht jeder Nichtwähler ein McCarthy-Mann ist, sondern dass Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit am Wahlausgang vielerlei Gründe haben können. Immerhin ist bemerkenswert, dass ein angesehenes Journalist der äussersten Rechten, Westbrook Pegler, McCarthys Parole aufgenommen und unterstützt hat. Pegler hat ausgesprochen darüber jubiliert, dass in dem State Maine, einer republikanischen Hochburg, bei den dortigen Gouverneurswahlen vor wenigen Wochen die Demokraten überraschend gut abschnitten; Maine ist der Heimatwahlkreis der republikanischen Senatorin Margaret Smith, die als erste in der Partei den Kampf gegen den ungehörigen McCarthyskum aufgenommen hatte - und der jetzt McCarthy voller Behagen eine persönliche Schlappe in ihrem Heimatstaat nachweisen kann. Westbrook Pegler hat auch die Hoffnung ausgesprochen, dass es eines Tages in Amerika eine Dritte Partei der Rechten, eine "Nationalpartei" grossen Stils, geben werde, für die er dann eintreten würde; aber eine von Eisenhower geführte Republikanische Partei, die das Prinzip internationaler Zusammenarbeit, die Allianz mit Westeuropa, die staatliche Wirtschaftshilfe, die staatlich organisierte Sozialpolitik und andere vorwerfliche Ideen von links übernommen habe, sei keine Partei, die er unterstützen könne.

Nun gibt es zwar eine kleine Splitterpartei auf der Rechten, mit einem eigenen Präsidentschaftskandidaten; aber offenbar haben McCarthy und seine Freunde genug Sinn für Realpolitik, um sich von dieser fernzuhalten. Das Resultat dürfte eine gewisse Konfusion auf der äussersten Rechten sein: ein Teil der Ultrakonservativen wird für Eisenhower stimmen, ein anderer Teil für diesen Splitterkandidaten, und der Rest mag McCarthy folgen und sich der Stimme enthalten. McCarthys seltsame Rolle kann in dem einen oder anderen Wahlkreis, wo sein Einfluss gross ist, zum Zünglein an der Wage werden, und allein sein Name macht schon diese seltsame Entwicklung auf der extremen Rechten interessant. Ob aber diesen McCarthyschen Defektionen aus dem republikanischen Lager wirklich gross genug sein werden, um Adlai Stevenson zum Sieg zu verhelfen, ist einigermaßen unsicher.

Die Studenten in der sozialistischen Bewegung

von Gerhard Schöenberger, stellv. Vorsitzender des SDS

Mit einer Feierstunde in der Aula der Frankfurter Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität in Frankfurt am Main begeht der Sozialistische Deutsche Studentenbund am 27. Oktober dieses Jahres den zehnten Jahrestag seiner Neugründung nach dem Kriege. Der Verband war 1933 von der Hitlerregierung verboten worden. Aber seine Geschichte reicht bis weit zurück in das vorige Jahrhundert.

Aus der Geschichte der sozialistischen Studentenschaft

Die ersten sozialistischen Studentenzirkel bildeten sich schon im Vormärz. Marx, Engels, Lassalle gehörten zu ihren ersten Mitgliedern. Nach dem Scheitern der Revolution von 1848, als die Burschenschaften sich von ihrer fortschrittlichen Tradition immer mehr lossagten, nahm ihre Zahl noch zu. Aber schon lange vor dem Erlass des Sozialistengesetzes führten sie ein halb illegales Dasein und waren der ständigen Gefahr einer Entdeckung durch die akademischen Disziplinarbehörden ausgesetzt.

Nach den zwölf Jahren der vermeintlichen Sozialistenverfolgung Bismarcks, aus der die Arbeiterbewegung gestärkt hervorging, erlebte auch die sozialistische Studentenbewegung, zu deren Mitgliedern damals Adler, Vorländer und Hilferding zählten, einen neuen Aufschwung. In den neunziger Jahren gründete man sogar eine eigene Zeitschrift "Der sozialistische Student - Organ der sozialistischen Studierenden deutscher Zunge". Aber noch war es für einen Sozialdemokraten schwer, sich an deutschen Universitäten zu behaupten, die längst nicht mehr ein Hort der Freiheit, sondern Hochburgen der schlimmsten Reaktion waren. Unter diesen Umständen setzten die sozialistischen Studenten ihre Arbeit nur mit größten Schwierigkeiten fort, bis der erste Weltkrieg ihr ein vorläufiges Ende setzte.

Nach 1918 entstanden neue sozialistische Studentengruppen, die starken Zulauf aus den Kreisen der freideutschen Jugend und des fortschrittlichen Bürgertums bekamen, darunter viele Kriegsfreiwillige, denen das blutige Abenteuer des deutschen Imperialismus die Augen geöffnet hatte. 1922 schlossen sich die verschiedenen Gruppen in Leipzig zur "Sozialistischen Studentenschaft Deutschland und Österreichs" zusammen. Der Verband nahm an Stärke zu, ergab eine eigene Zeitschrift heraus und gründete mit den befreundeten Verbänden in Ausland eine sozialistische

Studenten-Internationale. In zahlreichen Universitätsstädten besaßen die Gruppen eigene Studentenheime.

Aber noch hatten die Kräfte von gestern sich mit dem demokratischen Staat nicht abgefunden. Es ist die historische Schuld der korporierten Hochschulreaktion, mit ihrer chauvinistischen und antisemitischen Hetze dem Faschismus an den deutschen Hochschulen mit den Weg bereitet zu haben. Zum Schutz der Republik wurde das "Kartell republikanischer Studentengruppen" gegründet, in dem sozialistische, demokratische und Zentrumsstudenten gemeinsam einen tapferen, aber vergeblichen Abwehrkampf gegen die Feinde der Demokratie führten. Viele setzten ihr auch 1933 fort und bezahlten ihn mit ihrem Leben, wie Julius Leber, Theodor Hautach, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Ernst Heilmann und ungezählte andere. Viele gingen den bitteren Weg in die Emigration oder ins Konzentrationslager, wie Kurt Schumacher.

Der S.D.S. heute

Die nach dem Ende des NS-Regimes überall neu entstandenen Gruppen vereinten sich 1946 in Hamburg zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Der SDS umfasst heute die Gruppen von 35 Universitäten, Hoch- und Fachschulen in der Bundesrepublik und Westberlin. In "Standpunkt" gibt er eine eigene Zeitschrift heraus, die ihn nach aussen vertritt. Als Mitglied der JUSY, der Sozialistischen Jugend-Internationale, hat der SDS guten Kontakt mit den befreundeten Studentenorganisationen des Auslandes und veranstaltet regelmäßig internationale Seminare. Gesamtdeutsche Treffen, die der SDS durchgeführt hat, haben das Ziel, die Verbindung zu den Studenten im anderen Teil Deutschlands zu festigen. Dabei wird der Kontakt mit Organisationen der Gegenseite strikt abgelehnt.

Seit zehn Jahren arbeitet der SDS unermüdet für eine demokratische Hochschulreform und eine bessere politische Bildung der Studenten, die Interesse an der Arbeit der Parteien in der Demokratie, besonders der SPD zu wecken sucht. Nach wie vor bekämpfte der SDS die waffenstudentischen Verbände. Ihre überlebten Formen scheinen ihm nur der sichtbarste Ausdruck einer an der Vergangenheit orientierten Geisteshaltung, die schon einmal die Freiheit in- und ausserhalb der Hochschulen zerstören half. Der SDS bekennt sich zur Verantwortung des Akademikers im demokratischen Staat. Er betrachtet das Studium als Arbeit für die Gesellschaft. Dem entspricht die Verpflichtung der Gesellschaft, die Voraussetzung für diese Arbeit zu schaffen. Um die soziale Not der Studentenschaft zu beseitigen, hat der SDS daher Vorschläge für eine

Koordinierung und Verstärkung der Studienförderung gemacht, wie sie in anderen Ländern, die die Bedeutung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der zweiten industriellen Revolution besser als die Bundesregierung begriffen haben, seit langem üblich ist. Darüber hinaus ist der SDS der Meinung, dass die Hochschule selbst nur noch durch eine umfassende Reform den veränderten Bedingungen unserer Tage angepasst werden kann. In einer Denkschrift hat er versucht, das Modell einer erneuerten, auf die moderne Gesellschaft bezogenen Universität zu entwerfen. Darin besteht auch der besondere Beitrag der sozialistischen Studenten zur Programmdiskussion der SPD, an der sie lebhaft teilnahmen. Der SDS arbeitet in allen hochschulpolitischen Fragen eng mit der SPD zusammen, die mit ihrem Münchener Parteitag bewiesen hat, dass sie die einzige Partei ist, die auch für die Studenten in die Zukunft plant.

Das Wirkungsfeld des SDS als einer studentischen Organisation ist die Universität mit ihren Problemen. Als Teile der sozialistischen Bewegung sind auch die Studenten nicht von der allgemeinen Entwicklung zu trennen. Sie können sich nicht auf hochschulpolitische Probleme beschränken, denn die Fragen, die heute alle Menschen in Deutschland bewegen und auch in das Leben der Studenten so unmittelbar eingreifen, wie die Aufrüstung, werden ausserhalb der Universitäten entschieden. Deshalb nehmen sie am Kampf der SPD gegen die innen- und aussenpolitisch veralteten Pläne der Bundesregierung leidenschaftlich teil. Die Studenten wissen, dass die Sozialdemokratische Partei allein den Willen und die Kraft hat, eine Wende der deutschen Politik herbeizuführen.

* * *

Meine Frage an Blank wegen der SS

Von Dr. Adolf Arnst, MdB.

Ich habe, um die Sache zur öffentlichen Diskussion zu stellen und den Bundesminister für Verteidigung zu einer Äusserung zu veranlassen, den Brief veröffentlicht, den der Oberleutnant a.D. Egon Müller-Franken in Freiburg/Breisgau von einem Absender bekam, der sich als SS-Obersturmbannführer Walter Stein in Wiesbaden bezeichnet. Diese Veröffentlichung führte dazu, dass der in dem Brief angegriffene Chefredakteur der 'Frankfurter Neuen Presse', Marcel Schulte, gegen Stein Strafantrag stellte, nachdem Egon Müller-Franken dies auch schon getan hatte, so dass eine behördliche Klärung zu erwarten ist, was es mit Walter Stein auf sich hat. Die KfAG -Wiesbaden, Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit

SPD-Pressedienst

F/XI/245

- 8 -

23.10.1956

der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS, hat mir mit Schreiben vom 18. Oktober 1956 hierzu u.a. folgendes mitgeteilt:

"Unsere Hilfsge. einigkeit legt Wert auf folgende Feststellungen:

1. Ein ehemaliger Obersturmbannführer der Waffen-SS Walter Stein ist zu keiner Zeit Mitglied unserer örtlichen Vereinigung gewesen.
2. Von den in Wiesbaden lebenden sechs Walter Stein war - soweit wir es feststellen konnten - kein einziger Angehöriger der ehemaligen Waffen-SS, noch ist einer der hier Erwähnten unseren Mitgliedern den Namen oder der Person nach bekannt.
3. In der Dienstrang - bzw. Dienststellervorliste der ehemaligen Waffen-SS ist ein Walter Stein weder als Sturmbannführer noch als Obersturmbannführer verzeichnet.

Wir bedauern zutiefst diesen Vorfall und distanzieren uns in aller Form von dem Inhalt dieses Schreibens. Unsere loyale Haltung sowie unsere positive Einstellung zur Demokratie bietet die Gewähr dafür, dass wir derartige Vorkommnisse weder dulden, geschweige denn unterstützen würden."

* * *

Verantwortlich: Peter Baunau